

Politik muss Finanzakteure zügeln

Bischof Ackermann: Internationale Kooperation statt nationalstaatlicher Egoismen

Bonn/Trier – Bischof Dr. Stephan Ackermann hat am 27. Oktober in Bonn die Politik ermutigt, „ethisch begründete klare Ziele auch gegenüber dem Finanzsektor durchzusetzen, Gemeinwohlbindung vor Einzelinteressen und internationale Kooperation zum Wohle aller vor nationalstaatliche Egoismen zu setzen.“ Ackermann äußerte sich vor dem Hintergrund der zuletzt doch noch gelungenen Krisenbewältigung beim Gipfel der Europäischen Union in Brüssel und im Vorfeld des G20-Gipfels in Cannes in seiner Funktion als Vorsitzender der Deutschen Kommission „Justitia et Pax“ („Gerechtigkeit und Frieden“).

Nach Auffassung des „Justitia et Pax“-Vorsitzenden muss die Politik „die Finanzakteure zügeln und die Finanzstrukturen steuern, damit internationale Finanzstrukturen den Menschen dienen, damit Finanzdienstleistungen tatsächlich Ressourcen für die Realwirtschaft bereitstellen.“ Der Bischof weist darauf hin, dass weltweit die Armen am stärksten von den Auswirkungen der Finanzmarktkrise betroffen seien. Die durch eine Regulierung der Märkte möglichen Einnahmequellen der Staaten – etwa aus einer Finanztransaktionssteuer – müssten zur Bekämpfung der Armut und des Klimawandels eingesetzt werden.

Bischof Ackermann begrüßt, dass mit den Beschlüssen des EU-Gipfels eine Krisenbewältigung zuletzt doch noch gelungen sei, aber eine nachhaltige Regulierung der Finanzmärkte noch aussteht. Im Blick auf den G 20-Gipfel am 3. und 4. November in Cannes hält er es daher insbesondere für wichtig, eine international abgestimmte Strategie zur Regulierung und gemeinwohlorientierten Steuerung der Finanzmärkte zu entwickeln. An die Bundesregierung appelliert er, sich einzusetzen für die Begrenzung der Rohstoff-Spekulation, insbesondere bei Nahrungsmitteln, für faire und transparente Insolvenzverfahren für Staaten sowie für die möglichst rasche Einführung einer internationalen Finanztransaktionssteuer zur Regulierung der Finanzmärkte. Auch spricht der Bischof sich für eine globale Finanzaufsicht unter dem Dach der Vereinten Nationen aus. Das hatte jüngst auch schon der Päpstliche Rat „Justitia et Pax“ in einer Erklärung zur Reform des internationalen Finanz- und Währungssystems gefordert.

Nach Auffassung des Bischofs zeigen die Proteste in Tel Aviv, New York und in den europäischen Großstädten, dass viele Menschen ein Gefühl wachsender Ungerechtigkeit hätten. Er sieht ein „Versagen bei der notwendigen strukturellen Neuordnung der Finanzmärkte.“ Insbesondere mangle es nach wie vor an finanz- und wirtschaftspolitisch handlungsfähigen internationalen Akteuren.

Auf dem Weg zu einer Neuordnung des globalen Finanzsystems hält Bischof Ackermann es für notwendig, „die europäische Integration weiter zu vertiefen und die Grundlagen dafür zu schaffen, im Sinne der Wirtschaftsgemeinschaft und einer gemeinsamen finanzpolitischen Handlungsfähigkeit nationalstaatliche Kompetenzen an Europa abzugeben.“ „Das erfolgreiche Friedensprojekt Europa darf nicht auf halbem Wege stehen bleiben“, so Ackermann.

Der Wortlaut der Erklärung steht im Internet unter www.justitia-et-pax.de

Herausgeber:

Deutsche Kommission JUSTITIA ET PAX
Kaiserstr. 161, D 53113 Bonn
Telefon ++49(0)228-103217
Telefax ++49(0)228-103318
e-mail: Justitia-et-Pax@dbk.de
<http://www.Justitia-et-Pax.de>

Einrichtung der Deutschen Bischofskonferenz
und des Zentralkomitees der deutschen
Katholiken zur Förderung von Entwicklung,
Menschenrechten und Frieden

Redaktion:

Gertrud Casel
Geschäftsführerin
Tel: 0228 - 103 303